

13

# Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 31. Januar 2012 - Nr. 26/5 D 1

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,10 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

## SPD und FDP loben Sarkozys Alleingang

mas/chs. BERLIN/PARIS, 30. Januar. SPD und FDP haben mit Zustimmung auf die Ankündigung von Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy reagiert, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Frankreich will die Steuer am 1. August im Alleingang einführen. Die FDP-Spitze habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass Sarkozy seine Position verändert habe und nun ein Modell vertrete, das mit der britischen Stempelsteuer vergleichbar sei, sagte FDP-Generalsekretär Patrick Döring, obwohl der französische Plan in wichtigen Punkten darüber hinaus geht. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel forderte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) auf, die Finanztransaktionssteuer auch in der Berliner Koalition durchzusetzen. Dass Sarkozy angekündigt habe, diese Steuer im Alleingang einzuführen, sei „natürlich auch ein Zeichen der absoluten Hilflosigkeit“, sagte Gabriel. Die Steuer soll mit einem Steuersatz von 0,1 Prozent alle Käufe von Aktien und Derivaten belasten. Auch Teilnehmer am Hochfrequenz-Handel sollen sie bezahlen. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Frankreich gilt mit Sarkozys Ankündigung als sicher, da sie auch sein sozialistischer Rivale im Präsidentschaftswahlkampf, François Hollande, befürwortet. (Siehe Seite 2 sowie Wirtschaft, Seite 11.)

## Heute

### Das Hoffen der Krieger

Der Weg ins Weiße Haus führt über Florida: Mitt Romney hofft auf einen Sieg. **Politik, Seite 6**

Newt Gingrich fände sich auch zurecht, wenn die Geschichte anders gekommen wäre. **Feuilleton, Seite 27**

### Auszug der Familien

Das Zentrum Jerusalems verwandelt sich in eine Geisterstadt. Die Bewohner der neuen Luxusapartments leben im Ausland und kommen nur zu den Feiertagen. Für Schulen und Läden ein Desaster. **Politik, Seite 3**

### Erfurter Kollegstreit

Das Max-Weber-Kolleg hat von Beginn an Exzellenz in die thüringische Hauptstadt gebracht. Jetzt möchte die Universität ihm seinen fakultätsähnlichen Status, seine Eigenständigkeit nehmen. **Politik, Seite 3**

### Farbenkriege

Wer im Ministerium arbeitet, freut sich nicht, wenn gute Stellen von außen besetzt werden: Aufstieg blockiert. Spielt dabei vielleicht das Parteibuch eine Rolle, kriegert der Ärger einen Namen. **Wirtschaft, Seite 10**

### Großes geleistet

Die libysche Fußball-Nationalmannschaft kehrt trotz des vorzeitigen Ausscheidens erhobenen Hauptes vom Afrika-Cup zurück. Einige Spieler hatten zuvor noch an der Front gekämpft. **Sport, Seite 25**

### Jenseits von Mekka

Es war einmal im Karawanenland: eine Ausstellung im Berliner Pergamonmuseum eröffnet überraschende Perspektiven auf die frühe Kulturgeschichte der arabischen Welt. **Feuilleton, Seite 27**

### Casino Internet

Dem Glücksspielmarkt im Netz wird großes Wachstum vorhergesagt. Doch gegen Betrüger und Falschspieler müssen sich Betreiber und Kontrollinstanzen technisch noch wappnen. **Technik und Motor, Seite T 1**

ΔΕΥΤΕΡΑ 30 ΙΑΝΟΥΑΡΙΟΥ 2012 ΕΤΡΑ

# TA NEA

ΑΣΕΛΙ: εγκρίθηκαν οι πρώτες 1.696 θέσεις κοινωνικού εργοστασίου ΕΛΑΚΟ ΕΝΘΕΟ

## Nein! Nein! Nein!

Παπαδήμος και αρχηγοί: τρία όχι Στο σχέδιο για επιτροπεία Στην κατάργηση 13ου-14ου μισθού Στη μείωση του κατώτατου μισθού

ΑΝ ΣΠΑΣΕΙ ΤΟ ΣΚΟΙΝΙ... Ο προϋπολογισμός ενός κράτους συνιστά τον πυρήνα της οικονομίας του. Από εκεί τινάσσεται η γεωμετρική προέκταση της ιδέας να συντεθεί ο προϋπολογισμός της Ελλάδας σε μέγεθος αντίστοιχο με το μέγεθος της χώρας. Αυτό σημαίνει ότι η προϋπολογιστική πολιτική πρέπει να είναι κατάλληλη για να ανταποκριθεί στην πραγματικότητα. Διαφορετικά, η οικονομία θα υπονομευθεί και θα οδηγήσει σε ανεργία και φτώχεια. Η Ελλάδα πρέπει να ακολουθήσει τον δρόμο της ανάπτυξης και της κοινωνικής δικαιοσύνης. Η Ελλάδα πρέπει να ακολουθήσει τον δρόμο της ανάπτυξης και της κοινωνικής δικαιοσύνης. Η Ελλάδα πρέπει να ακολουθήσει τον δρόμο της ανάπτυξης και της κοινωνικής δικαιοσύνης.

ΕΡΕΥΝΑ Το μεγάλο φαγοπότη στο ΟΑΚΑ

Επιδόματα ύψους 78.000 ευρώ σε διευθυντές μέλη σε δύο χρόνια χωρίς την απαραίτητη υπογραφή δημοσίως, άμοιρη νομισματική 3.400, γραμματέας 2.900 και τεχνικός 4.150 ευρώ. «ΤΑ ΝΕΑ» ρίχνουν φως σε ένα μεγάλο φαγοπότη διόργανος κατά το έτος. ΔΙΑΣΤ 14 21

WORLD ECONOMIC FORUM

ΜΙΤΑΒΟΣ Όλοι ποτίζουν στη σωτηρία της Ευρώπης

Μην θεωρείτε ότι η διαφορά του είναι μικρή. ΔΙΑΣΤ 14 21

Ηταν κάποτε οι...

TA NEA

Ein dreifaches Nein: Die Griechen sind erbost über deutsche Vorstellungen, sie zu beaufsichtigen. Das kann man verstehen und wieder auch nicht, wenn man die erfolglosen Versuche betrachtet, das Land auf Vordermann zu bringen. Ein Nein zum „Kommissarplan“, zur Abschaffung des 13. und 14. Gehalts und zur Senkung des Mindestlohns ist aber kaum durchzuhalten. Foto: Lambakis Press

## Merkel will keinen Sparkommissar für Griechenland

In Athen weiterhin Zorn über deutsche Debatte / EU-Gipfel berät über Fiskalpaket

nbu./wmu. BRÜSSEL, 30. Januar. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat auf dem Brüsseler EU-Gipfel am Montag davon abgesehen, für Griechenland einen EU-Sparkommissar zu fordern, obwohl darüber seit Tagen in der Bundesregierung diskutiert wird. Begleitet von ablehnenden Äußerungen aus anderen EU-Ländern sagte Frau Merkel bei ihrer Ankunft in Brüssel: „Ich glaube, dass wir eine Diskussion führen, die wir nicht führen sollten.“ Es geht darum, wie Europa Athen dabei unterstützen könne, dass es seine Spar- und Reformauflagen einhalte. „Aber alles geht nur, indem Griechenland und die anderen Staaten das miteinander diskutieren.“ Sie wolle keine kontroverse Diskussion. In Griechenland nahm der Ärger über den Vorschlag eines Sparkommissars auch am Montag viel Raum in der Debatte ein.

Die Lage im Land stand offiziell nicht auf der Tagesordnung des Gipfeltreffens, weil die Gespräche über die Voraussetzungen eines zweiten Hilfspakets in Athen noch andauern. Zum einen verhandelt die Regierung dort weiter mit Vertretern der privaten Gläubiger über die Konditionen eines Schuldenschnitts, zum anderen prüft die „Troika“ aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und EU-Kommission, inwieweit Athen die Vorgaben des ersten Programms verfehlt hat und mit welchen Zusatzmaßnahmen die Versäumnisse geheilt werden können. Der Chef der Eurogruppe, Luxemburgs Ministerpräsident Jean-Claude Juncker, gab seiner „Hoffnung“ Ausdruck, dass noch in dieser Woche ein zweites Hilfs- und Reformprogramm auf den Weg gebracht werden könne.

Die deutsche Debatte über die Einführung eines Sparkommissars, der in Athen den Haushalt kontrollieren könnte, stieß in Brüssel auf ein geteiltes Echo. Juncker sagte, er sei „im Rahmen vertraglicher Regelungen“ nicht abgeneigt, so etwas vorzusehen, wenn „ein Land sich dauerhaft außerhalb der Spur bewegt“. Er halte es aber nicht für glücklich, eine solche Regelung nur für Griechenland vorzusehen. Er sei gegen die Idee, einen solchen Kommissar nur Griechenland aufzuzwingen, sagte Juncker. „Das ist nicht akzeptabel – weder für Griechenland noch für mich.“ In der vorigen Woche hatte Juncker konstatiert, das erste griechische Sparprogramm sei „dauerhaft aus der Spur geraten“. (Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2; siehe Seite 8 sowie Finanzmarkt, Seite 17.)

## Heftige Gefechte vor den Toren von Damaskus

Armee verstärkt Sicherheitsring um Flughafen und Präsidentenpalast / „Städtekrieg“

Her. ABU DHABI, 30. Januar. In Syrien haben die heftigen Kämpfe zwischen Armee und Oppositionellen in den Vororten von Damaskus die Illusion einer ruhigen Hauptstadt zerstört. Die panarabische Tageszeitung „Al Sharq al Awsat“ berichtete am Montag, Panzer sicherten die wichtigsten Plätze der Stadt. Das Regime habe den Sicherheitsring um den Präsidentenpalast verstärkt, ebenso um den internationalen Flughafen. Die Sicherheitskräfte hätten den Auftrag zu verhindern, dass sich ranghohe Mitglieder des Regimes oder der Familie von Präsident Baschar al Assad ins Ausland absetzen. Nach unbestätigten Berichten soll die Straße zum Flughafen von Damaskus vorübergehend blockiert gewesen sein, als Mitarbeiter des syrischen Geheimdienstes zur Opposition überliefen.

Am Sonntag und Montag gewannen Einheiten des Regimes die Kontrolle über Vororte im Osten der Hauptstadt zurück, insbesondere über Duma, eine Hochburg des Aufstands. Bei der Offensive rückten Panzer auch in einige andere Vororte ein, die zuvor von Deserteuren der „Freien syrischen Armee“ gehalten wurden. Einige dieser Vororte sind nur wenige Kilometer vom Zentrum der Hauptstadt entfernt. Die Deserteure gaben an, sie hätten sich an einem Punkt bis auf acht Kilometer dem Präsidentenpalast genähert. Nach Angaben von Aktivisten handelt es sich um die blutigsten Kämpfe seit Monaten. Sie sprechen von einem „Städtekrieg“. Das Regime behauptet weiter, es bekämpfe „bewaffnete Terrorgruppen“, die – das ist neu in der Sprachregelung –

von einigen arabischen Staaten unterstützt würden. Die Arabische Liga hatte dem Regime zuletzt vorgeworfen, die Gewalt in Syrien zu eskalieren und unschuldige Menschen zu töten. Sie hatte am Samstag ihre Beobachtermission in Syrien eingestellt. Die Liga will an diesem Dienstag im UN-Sicherheitsrat auf eine härtere Gangart gegen Assad dringen. Die russische Regierung, die bislang alle Versuche abgewehrt hat, schärfere Sanktionen im Sicherheitsrat zu erwirken, teilte am Montag mit, die syrische Führung sei zu informellen Gesprächen mit Oppositionsvertretern bereit. Das Angebot der russischen Regierung, solche Gespräche in Moskau abzuhalten, wurde nach Angaben des Außenministeriums von Damaskus positiv beantwortet.

## Irak: Talabani will „nationale Konferenz“

Her. ABU DHABI, 30. Januar. Der irakische Präsident Talabani hat eine „nationale Konferenz“ vorgeschlagen, um die innenpolitische Krise zu lösen. Die säkulare, von Sunniten unterstützte Partei Iraqiya hatte zuvor ihren Boykott des Parlaments beendet. Der Fraktionsvorsitzende der Partei „Staat des Gesetzes“ von Ministerpräsident Maliki sagte dieser Zeitung, Einmischung aus Iran und der Türkei behindere die Vertrauensbildung unter den politischen Gruppen des Landes. (Siehe Seite 5.)

## Familie Schlecker glaubt an Fortführung

sup. EHINGEN, 30. Januar. Eine Woche nach dem Insolvenzantrag glaubt die Familie Schlecker, die Drogeriekette selbst fortführen zu können. „Wir glauben an unser Konzept, es ist klasse“, sagte Meike Schlecker, Tochter des Gründers, am Montag am Firmensitz in Ehingen auf der Schwäbischen Alb. Man habe aber mit der Sanierung zu spät begonnen und sei zu langsam gewesen, daher sei die Insolvenz nötig geworden. „Es ist nichts mehr da“, sagte sie. (Siehe Wirtschaft, Seite 9.)

## Hamburg will bessere Auswahl von Pflegeeltern

F.P. HAMBURG, 30. Januar. Nach dem Tod der elf Jahre alten Chantal an einer Überdosis Methadon hat die Hamburger Sozialbehörde am Montag die Auswahlkriterien für Pflegeeltern verschärft. Alle Personen, die im Haushalt der Bewerber leben, müssen ein Gesundheitszeugnis mit Drogenstempel vorlegen und dürfen im Führungszeugnis keinen Eintrag haben. Zudem sollen alle 1300 Pflegefamilien der Stadt bis zum 15. Februar überprüft werden. (Siehe Deutschland und die Welt.)

## Europäische Therapie

Von Günther Nonnenmacher

Nicolas Sarkozy zieht in den Wahlkampf in einer Konstellation, wie es sie bisher in Frankreich nicht gab: Der amtierende Präsident ist nicht Favorit, sondern, ausweislich der Umfragen, der Herausforderer des sozialistischen Kandidaten Hollande. Der legt sich, seines Erfolges fast sicher, nach eigenem Bekunden schon die nötige „Gravitas“ für das angestrebte Amt zu. Was Hollande als Programm verkündet hat, hört sich wirtschaftspolitisch ziemlich orthodox-sozialdemokratisch an: eine Portion Umverteilung, gepaart mit einer Dosis Wachstumsförderung, das alles gegründet auf der ziemlich utopischen Erwartung, die europäische Austeritätskur, die gerade mit dem Fiskalpaket beschlossen wird, lasse sich in Gesprächen mit der Zahlmeisterin Merkel abmildern. Dagegen hat Sarkozy in einem sonntäglichen Fernsehauftritt konkrete, sofort wirksame Entscheidungen verkündet, die einer seiner Berater unter den originellen Titel „Schröder à la française“ stellte: also eine „Agenda 2020“ zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs mit Deutschland als „Benchmark“.

## Stolze Selbstbefreier

Von Georg Paul Hefty

Geschichte lässt sich überwinden, aber nicht ungeschehen machen. Vor diesem Problem steht die EU, wenn ihre „westlichen“ Mitglieder skeptisch auf ihre „östlichen“ Mitglieder blicken. Die Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben eine andere Befreiungsgeschichte als die viele Jahrzehnte später aufgenommenen mittel-, ost- und südosteuropäischen Länder. Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande gehörten zu den Siegern des Zweiten Weltkriegs; ihre Befreiung hatten sie nur in zweiter Linie sich selbst, in erster Linie aber Amerikanern und Briten zu verdanken. Als sie – wiederum unter dem Einfluss der Amerikaner und Briten – dem westdeutschen Teilstaat, dem Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, das seine Nachbarn erst überfallen hatte und dann auch von diesen besiegt worden war, die Hand zur Gemeinschaft reichten, da taten sie dies aus einer verbindenden tragischen Kriegserfahrung heraus. Deren Wiederholung wollten sie in jedem politischen Preis verhindern. Gemeinschaftsfähig waren sie jedoch erst durch ihre Nachkriegsprägung; politisch, demokratiethoretisch, rechtlich, wirtschaftlich, kulturell und atmosphärisch herrschte überall der „American Way of Life“.

Von Estland bis Bulgarien haben die Völker sich selbst befreit; augenscheinlich war ihnen keine ausländische Macht militärisch oder mit anderen Kräften zu Hilfe gekommen. Zwar gab es hier und da Mitnahmeeffekte; die fiebrige Schwäche der Sowjetunion ermöglichte eine Kettenreaktion. Aber die Triebkräfte und Ziele waren überall gleich: die Behauptung der eigenen nationalen Identität und an vielen Stellen der Widerstand der Christen gegen den verordneten Atheismus. Zusammen erzwangen sie den Erfolg. Dies mehrte den Nationalstolz von Tallinn bis Sofia in einem Maße, als wären sie die Amerikaner, sprich: die Befreier Europas. Dafür allerdings fanden sie kein Verständnis bei den antinationalistischen Eliten des Westens – und er-

Osteuropäer fühlen sich von Westeuropäern nicht verstanden. Sie wollen selbst bestimmen.

schwerten zugleich untereinander die Bildung wirkungsvoller Koalitionen. Als sieben Staaten schließlich 2004 und die beiden restlichen 2007 in die Union aufgenommen wurden, waren die Fundamente vieler Fehlentwicklungen betonierte. Die produktiven Unternehmen gerieten oft in die Hände von Oligarchen oder in die von Brüssel gern gesehener Ausländer, der Rest taugte weder zum Aufbau eines breiten, kräftigen Mittelstandes noch zur Verankerung einer Aktionärskultur. Auf diesem Fundament wird nachträglich nur richtig reich, wer politische Positionen zur Selbstbereicherung nutzt. Daraus ergab sich ein Übermaß an Regierungswechseln durch Wahlen: Wer Ämter innehatte, geriet bei den Wählern in Korruptionsverdacht; um wiedergewählt zu werden, wurden umso mehr Pfänder verteilt. Das allein schon machte manche Länder in den Augen des Westens unsympathisch.

Ein Zweites kommt hinzu. Die Selbstbefreier von 1989 wollen die Selbstbestimmer von heute sein. Dies nimmt die auf Gemeinschaftskonsens eingeschworene westeuropäische Elite nicht hin. Nicht erst die Kaczynski-Brüder in Warschau, Klaus in Prag und fast alle ungarischen Regierungschefs von Antall bis Orbán wurden mit dem Vorwurf des rechten, linken oder auch liberalen Nationalismus überzogen. Besonders christliche Standpunkte sind den linksliberalen Wortführern von Berlin bis Madrid ein Dorn im Auge. So wird es demokratischen Politikern erschwert, den Anforderungen der Demokratie im vielfachen Sinne, also dem Verlangen Westeuropas wie auch den Erwartungen der nationalen Wähler, Genüge zu tun. Brüssel urteilt hart: Zwei Jahrzehnte nach Einführung der Marktwirtschaft wird nur zwei von neun Staaten volle EU-, also Euro-Tauglichkeit bescheinigt.



Briefe an die Herausgeber	6	Zeitgeschehen	8	Netzwirtschaft	15	Sport	25
Technik und Motor	T 1	Wirtschaft	9	Wetter	16	Feuilleton	27
Impressum	4	Unternehmen	12	Finanzmarkt	17	Medien	31
Deutschland und die Welt	7	Menschen und Wirtschaft	14	Kurse	20	Fernsehen und Hörfunk	32

## STREIFZÜGE

Dresden

## Demagogie und Demokratie

In einem Bürgerentscheid haben sich die Dresdner am Sonntag mit 83 Prozent für den Erhalt der städtischen Krankenhäuser als städtische Eigenbetriebe ausgesprochen. An der Abstimmung nahmen 37 Prozent der Wahlberechtigten teil. Das ist zwar nur ein gutes Drittel, aber mehr als zum Beispiel an der Stichwahl teilgenommen haben, aus der Helma Orosz als Oberbürgermeisterin hervorging. Eine Mehrheit von CDU, FDP, Grünen und Bürgerfraktion im Stadtrat wollten die beiden oftmals konkurrierenden Krankenhäuser Dresden-Friedrichstadt und Dresden-Neustadt in einer gemeinnützige GmbH fusionieren und so die Verwaltungen und Einrichtungen wie das Labor zusammenzufassen, um die Kliniken, die schon jetzt mit hohen Schulden belastet sind, wirtschaftlicher zu machen.

Obwohl die neue GmbH zu hundert Prozent im Besitz der Stadt geblieben wäre, sahen die Linkspartei und die SPD mit Unterstützung der Gewerkschaften und Personalräte darin den ersten Schritt zu einer vollständigen Privatisierung der Krankenhäuser. Die Linkspartei beantragte deshalb den Bürgerentscheid. In den Wochen vor der Entscheidung wurde in Dresden mit Plakaten und Handzetteln ein heftiger Kampf um die Stimmen der Bürger geführt, der letztlich darauf hinauslief, für oder gegen eine Privatisierung zu entscheiden. Dabei warben auch die ärztlichen Direktoren beider Häuser für eine Zusammenlegung.

Die Bürger haben jetzt mit Eindeutigkeit anders entschieden und wollen, dass die Krankenhäuser im Besitz der Stadt bleiben. So wird das Ergebnis jedenfalls gedeutet. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Böhme-Korn sprach von „Demagogie“, die Grünen zweifelten, ob die Bürger wirklich wussten, worüber sie abgestimmt haben. In den kommenden drei Jahren wird es nun keine Neuordnung geben. Es dürfen auch keine betrieblichen Kündigungen ausgesprochen werden. Dennoch muss die Zeit genutzt werden, die beiden Krankenhäuser wirtschaftlicher zu machen. CDU-Bürgermeister Stüttgen sagte nach der Auszählung am Sonntagabend dem Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei, Schollbach: „Gemeinsame Arbeit liegt vor uns, und wir gehen sie gemeinsam an.“ Der erwiderte: „Machen wir.“ PETER SCHILDER



Brüsseler Szene: Cameron und Merkel begrüßen einander; rechts EU-Kommissionspräsident Barroso

Foto Reuters

Fortsetzung von Seite 1

## Merkel will keinen Sparkommissar für Griechenland

Weiter hatte Jucker gesagt, auch der deutsche Vorschlag liefe nicht auf eine „Lex Griechenland“ hinaus, sondern auf eine allgemeine Aufsicht über Staaten, die die Auflagen aus internationalen Hilfsprogrammen einhalten.

Widerspruch gegen die deutschen Ideen kam in Brüssel vor allem von sozialdemokratischen Politikern anderer EU-Staaten. Der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann sagte, eine Kontrolle sei richtig, sie erfolge aber bereits durch die Troika und andere Stellen. „Beleidigen muss man niemanden in der Politik. Das bringt nichts und das führt nur in die falsche Richtung.“ Der frühere griechische Ministerpräsident Giorgios Papandreu, der das Land in den letzten Krisenjahren geführt hatte, sagte: „Wir bewegen uns entweder auf einem demokratischen Weg weiter, auf dem jedes Land für seine Politik verantwortlich ist, oder wir untergraben die Demokratie in ganz Europa.“ Merks zurecht haltende Linie wurde von Außenminister Guido Westerwelle geteilt, der angab, er sei „sehr unglücklich über den Ton“ der deutschen Diskussion. „Wenn wir wirklich etwas erreichen wollen, sollten wir eine Ermutigungsdebatte führen, keine Entmuti-

gungsdebatte“, sagte Westerwelle. Sein Nachfolger im Amt des FDP-Parteivorsitzenden, Wirtschaftsminister Philipp Rösler, hatte den Vorschlag am Wochenende unterstützt und „mehr Führung und Überwachung“ gefordert; die Idee geht auf ein Arbeitspapier des Bundesfinanzministeriums zurück.

Die Staats- und Regierungschefs berieten ferner über die offenen Punkte zum EU-Fiskalpakkt. Bis zuletzt war offen, in welchem Umfang unsolidische Haushaltspolitik künftig bestraft werden soll. Als sicher galt, dass das zuletzt von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) geforderte Klagerecht der EU-Kommission gegen Staaten, welche die vereinbarte Schuldensbremse nicht angemessen im nationalen Recht verankern, aus juristischen Gründen nicht beschlossen wird. Der Fiskalpakkt für eine straffere Haushaltsführung soll von den 17 Euro-Staaten sowie möglichst vielen Nicht-Euro-Ländern abgeschlossen werden.

Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk erhob vor Beginn der Beratungen noch einmal die Forderung, dass Nicht-Euro-Staaten an allen Entscheidungen des Fiskalpakts beteiligt werden. Dieser soll in einem völkerrechtlichen

Vertrag unter Ausschluss Großbritannien geregelt werden. Polen könne dem letzten Entwurf des Abkommens nicht zustimmen, sagte Tusk. Er gefährde die Gemeinschaftsmethode und sei nicht ehrgeizig und mutig genug.

Als möglicher Kompromiss war in der Bundesregierung in den Tagen vor dem Gipfel ein Modell genannt worden, nach dem die Nicht-Euro-Staaten an Entscheidungen beteiligt werden, die sie direkt betreffen, während die Euro-Staaten unter sich bleiben, wenn es um Themen geht, die primär nur sie betreffen, wie etwa die Griechenlandhilfe.

Den offiziellen Schwerpunkt des Gipfels sollte die Frage bilden, wie in Europa mehr Wachstum geschaffen werden kann. Auch in Berlin wird eingestanden, dass in einigen EU-Ländern das Augenmerk zuletzt zu sehr auf der Haushaltskonsolidierung lag. In Belgien fand am Montag ein Generalstreik statt, der das öffentliche Leben in Brüssel weitgehend lahmlegte. Mit dem Streik wollten die belgischen Gewerkschaften gegen Sparbemühungen der neuen Regierung protestieren, die auch auf EU-Vorgaben zurückgehen. Der Ablauf des Gipfeltreffens wurde aber nicht spürbar beeinträchtigt.

## Ärger in Athen über Vorschlag eines Staatskommissars

Papademos äußert Verständnis für Gläubigerforderungen

ISTANBUL, 30. Januar. Der Ärger über den deutschen Vorschlag zur Entsendung eines Sparkommissars nach Athen hat auch am Montag viel Raum in Griechenlands politischer Debatte eingenommen. Die Stimmung wurde durch das Titelblatt der Athener Zeitung „Ta Nea“ zum Ausdruck gebracht, deren Überschrift in deutscher Sprache lautete: „Nein! Nein! Nein!“.

Übergangsmittelpräsident Lukas Papademos traf sich vor seiner Abreise nach Brüssel mit den Vorsitzenden der drei Parteien seiner Regierung, um ihnen die neuen Forderungen der Troika (EU, IWF, EZB) nach Kürzungen und Einschnitten zu erläutern. Er stellte die Parteiführer Giorgios Papandreu (Pasok), Antonis Samaras (Nea Dimokratia) sowie Giorgios Karatzaferis (Laos) laut einem Bericht der Zeitung „Kathimerini“ vor die Wahl, entweder neue Maßnahmen mitzutragen oder vorgezogene Wahlen abzuhalten, was in der derzeitigen Lage einer ungeordneten Insolvenz gleichkäme. Papademos warb öf-

fentlich um Verständnis für die neuerlichen Forderungen von Griechenlands Gläubigern. Zwar habe es Fortschritte bei der „Stabilisierung“ der Wirtschaft gegeben, doch hätten Abweichungen von den Sparzielen und Verzögerungen bei Reformen dazu geführt, dass Griechenlands Geldgeber neue Bedingungen stellten. Antonis Samaras, als Chef der in den Umfragen führenden „Nea Dimokratia“ womöglich der nächste Ministerpräsident, warnte dagegen vor neuen „Rezessionsmaßnahmen“, wie er die Einschnitte nennt. Der Chef der nationalistisch-populistischen Partei Laos, aus der zeitweilig Drohungen mit einem Rückzug aus der Regierung laut geworden waren, forderte nun eine Verlängerung des Mandats der Regierung und die Verabschiedung der neuen Sparmaßnahmen durch das derzeitige Parlament. Der von einigen Parteiführern geforderte Termin für Parlamentswahlen am 8. April sei zu früh, so Karatzaferis. Er plädiert dafür, das Europäische Parlament um eine Stellungnahme zu den neuen Forderungen der Troika zu bitten.

## „Skeptiker“ empört über Cameron Unmut bei britischen Europa-Gegnern über Einlenken

LONDON, 30. Januar. Der britische Premierminister David Cameron gerät auf dem antieuropäischen Flügel seiner konservativen Unterhausfraktion auf Neue unter Druck, nachdem in London offenkundig wurde, dass London zwar weiterhin dem Euro-Stabilitätspakt fernbleiben, aber keine Einwände mehr dagegen erheben will, dass die Mitglieder des Stabilitätspakts künftig Institutionen der EU nutzen, um dessen Regeln durchzusetzen. Cameron hatte vor einhalb Monaten in Brüssel angekündigt, London werde sich der ursprünglichen Idee, die Stabilitätsregeln in bestehende EU-Verträge einzuflechten, verweigern, falls es nicht bestimmte Zusatzkonditionen erhalte. Cameron hatte am Brüsseler Gipfel sich überdies die Frage aufgeworfen, ob es statthalt sei, dass die Teilnehmer eines Vertrages außerhalb der EU-Verträge trotzdem die Europäische Kommission und den Europäischen Gerichtshof in Anspruch nehmen dürften.

Diese Drohung stieß beim Koalitionspartner der Konservativen, den Liberaldemokraten, auf Entsetzen. Der stellvertretende Premierminister Nick Clegg, der von Camerons Entscheidung überrascht wurde, billigte danach zwar des-

sen Weigerung, den Stabilitätspakt in den geltenden EU-Verträgen zu verankern, wirkte aber darauf hin, dass die britische Drohung aufgebegeben werde, die Stabilitätspaktländer dürften von EU-Institutionen keinen Gebrauch machen. Clegg stellte überdies sicher, dass der Premierminister zum Gipfel am Montag in Brüssel nicht nur von seinen eigenen Beratern, sondern auch von einem Mitarbeiter aus Cleggs Büro begleitet werde.

Sozialminister Ian Duncan Smith, eine der führenden Stimmen im Lager der „Euro-Sceptics“, hatte am Wochenende beteuert, es bleibe dabei, dass London den Euroländern die Nutzung der EU-Institutionen verwehren werde. Die einflussreiche konservative Hinterbänklerin Nadine Dorries prophezeite Cameron am Montag, er schlafwandle „in die Mutter aller Hinterbänkler-Aufstände“, wenn er glaube, er könne den Euroländern gegenüber nachgeben, „ohne das Parlament in dieser Frage zu konsultieren“. Das wäre für die Führung der Konservativen heikel, weil die Antieuropäer die Gelegenheit nutzen würden, abermals die Frage nach einer Volksabstimmung über Großbritanniens Zukunft in Europa aufzuwerfen.

## Von Deutschland lernen

Frankreichs Präsident Sarkozy setzt voll auf den Nachbarn im Osten. Im eigenen Land wird der nicht erklärte Kandidat für die Präsidentschaftswahlen deshalb heftig kritisiert.

Von Michaela Wiegell

PARIS, 30. Januar. Sein Vater stammt aus Ungarn, seine Ehefrau aus Italien, seine Urgroßeltern aus Griechenland, aber für Nicolas Sarkozy gibt es derzeit nur ein europäisches Land, das ihn inspiriert: Deutschland. In einem Fernsehgespräch, das etwa 16 Millionen Franzosen am Sonntagabend verfolgten, hat der französische Staatspräsident gleich 15 Mal „l'Allemagne“ erwähnt. Bis auf die demographische Entwicklung kann sich Sarkozy für so ziemlich alles begeistern, was Deutschland in den vergangenen Jahren vollbracht hat: Arbeitsmarktreformen, Wettbewerbsinitiativen und Mehrwertsteuererhöhung, Lehrstellenprogramme

sowie flexible Arbeitszeitmodelle. Den früheren Bundeskanzler Gerhard Schröder stellte der Präsident den Franzosen als eine Art Nationalheiligen vor, dem Deutschland seine überragende Wirtschaftskraft und exzellente Beschäftigungsquoten verdanke. Im Überschwang ordnete Sarkozy dem sozialdemokratischen Kanzler die Mehrwertsteuererhöhung zu, die von der großen Koalition beschlossen worden war. Hingegen unterschlug der Präsident, dass Deutschland die Mehreinnahmen auch zur Entschuldung nutze.

Sarkozy strebt ausschließlich eine Sozialabgabensenkung für die Arbeitgeber an, um französische Unternehmen im Konkurrenzkampf mit deutschen Firmen zu rüsten. „Deutschland ist das einzige Land in Europa, das nicht nur seine Arbeitsplätze in der Industrie erhalten, sondern neue geschaffen hat“, sagte Sarkozy. „Frankreich aber hat im vergangenen Jahrzehnt eine halbe Million Industriearbeitsplätze verloren.“

Am Montag stellte Premierminister François Fillon, umgeben von den wichtigsten Ministern, den parlamentarischen

Fahrplan für die Reformoffensive vor. Zum 1. Oktober soll der normale Mehrwertsteuersatz um 1,6 Punkte auf 21,2 Prozent erhöht werden, um die Sozialabgaben der Arbeitgeber senken zu können. Zum 1. August tritt die Finanztransaktionssteuer in Kraft. Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen werden zu sogenannten Wettbewerbsvereinbarungen auf Betriebsebene verpflichtet. Sollten sich die Gewerkschaften querstellen, will Sarkozy – ganz im Gegensatz zur deutschen Verhandlungskultur – per Gesetz die Betriebsvereinbarungen erzwingen.

Mit dem Reformprogramm à l'allemande will der Präsident den Wahlkampf bestreiten, auch wenn er um seine Kandidaturabsichten noch ein großes Staatsgeheimnis macht. Als Staatspräsident der „fünften Macht der Welt“ müsse er sich so lange wie möglich voll seinem Amt widmen, sagte er im Fernsehen. Unwirsch reagierte er auf die Frage, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel offenbar schon mehr über seine Wahlkampffläne wisse als die Franzosen. „Soweit ich weiß, wählt Angela Merkel nicht in Frankreich“, sagte Sarkozy. CDU-Generalsekretär Hermann

Gröhe hatte kurz vor dem Fernsehauftritt des Präsidenten in Paris verkündet, die Bundeskanzlerin freue sich schon auf gemeinsame Wahlkampfauftritte mit Sarkozy. Im Elysée-Palast rief er damit betretene Reaktionen hervor. „Angela Merkel weiß vor den Franzosen, dass Nicolas Sarkozy Kandidat sein wird, und sie kennt sogar die Termine seiner Wahlveranstaltungen“, empörte sich die Grünen-Parteivorsitzende Cécile Duflot.

Auf der Linken wächst der Unmut über die „Deutschlandobsession“ des Staatspräsidenten. „Ich verlange, dass die deutsch-französische Beziehung, die für Europa so wichtig ist, nicht von Nicolas Sarkozy zur Geisel genommen wird“, sagte Holländes Kommunikationschef, der sozialistische Abgeordnete Manuel Valls. „Frankreich hat sich Deutschland komplett unterworfen“, hatte zuvor der sozialistische Präsidentschaftskandidat François Hollande kritisiert. Hollande verspricht den Franzosen, das Verhältnis zu Deutschland auf eine neue Grundlage zu stellen. Es sei das gute Recht der Bundeskanzlerin, für Sarkozy in den Wahlkampf zu ziehen. Das werde ihn nicht daran hindern, im Falle eines

Machtwechsels eine „normale Arbeitsbeziehung zu der Bundeskanzlerin“ zu unterhalten, sagte Hollande. Der Präsidentschaftsanwärter hat die Bundeskanzlerin um ein persönliches Gespräch in Berlin gebeten; bislang ist sein Terminwunsch unbeantwortet geblieben.

„Hinter der Politik à l'allemande verbirgt sich ein trister und banaler Sparplan“, kritisierte Jean-Luc Mélenchon von der Linksfrente. Der Präsidentschaftskandidat Mélenchon, ein abtrünniger Sozialist, hält Sarkozy für einen Irrläufer. Er setze den Franzosen ein Programm vor, mit dem er sich besser um den Posten des deutschen Bundeskanzlers bewerbe, sagte Mélenchon.

Aber auch im bürgerlichen Lager ruft Sarkozys Deutschlandoffensive Irritationen hervor. „Er hat gute Ideen, aber ich habe das Gefühl, sie kommen zu spät“, sagte Präsidentschaftskandidat Dominique de Villepin. „Es gibt in Deutschland gewisse gute Rezepte, aber man darf nicht die landesspezifischen Besonderheiten aus dem Auge verlieren. Wir können nicht mit Gewalt ein deutsches Modell bei uns einführen“, warnte Villepin.

## Heute

## Boris Rhein im Rockerkampf

Der hessische Innenminister wirft den von ihm verbotenen Hells-Angels-Gruppen schwere Vergewaltigung vor. Die bestreiten das. Hat der Frankfurter OB-Kandidat sein Amt missbraucht? **Politik, Seite 4**

## Keine Reformen für Kuba

Staats- und Parteichef Raúl Castro vor der Nationalen Konferenz der Kommunistischen Partei die Öffnung der Gesellschaft hin zu einem Mehrparteiensystem kategorisch ausgeschlossen. **Politik, Seite 6**

## Trinkwasser in Gefahr

In der chinesischen Provinz Guangxi ist die Trinkwasserversorgung von Millionen Menschen gefährdet. Im Fluss Longjiang wurde eine erhöhte Kadmium-Konzentration gemessen. **Deutschland und die Welt, Seite 7**

## Hans Küng auf italienisch

Der Theologe erhält in diesem Jahr einen „Premio Nonino“. Nicht nur seine Dankesrede auf italienisch über die „globale Ethik“ stellt alle anderen Preisträger in den Schatten. **Deutschland und die Welt, Seite 7**

## icetten

Etwas mehr als ein Jahr nach ihrem Ausbruch zeigt die Arabellion ein sehr unterschiedliches Gesicht. Eine Entwicklung hat eingesetzt, die auch von vielen Unsicherheiten geprägt wird. **Zeitgeschehen, Seite 8**

## Brandherde

Der chilenische Staatspräsident Pinera muss immer wieder neue entfachte Feuer löschen. Daran ist er selbst nicht ganz unschuldig. Auch mit Worten hat er sich nicht immer in der Hand. **Zeitgeschehen, Seite 8**

## STIMMEN DER ANDEREN

**Die deutsche Verpflichtung**  
Die Tageszeitung „Der Standard“ aus Wien legt zur Rede von Marcel Reich-Ranicki im Bundestag dar:

„Marcel Reich-Ranicki hat eine Schlüsselrede gehalten, im Bundestag, am Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz. Der aus Polen stammende Literaturkritiker erzählte in einfachen Worten, was er am 22. Juli 1942 im Warschauer Getto als Übersetzer erlebte. Es war der Tag, an dem SS-Sturmabführer Höfle (ein Österreicher) die Deportation hunderttausender Juden nach Treblinka anordnete. Er schloss mit den Worten: Die ‚Umsiedlung‘ hatte ‚nur ein Ziel, sie hatte nur einen Zweck: den Tod‘. Da blieb es ewig lange still unter den Abgeordneten. Über Europa, neuen Nationalismus, Eurokrise, den Sinn von Solidarität verlor Reich-Ranicki kein Wort. Dennoch: So eindringlich hat schon lange keiner mehr erklärt, was wir an Europa haben, das Geschichte lebt. Deutsches Auftrumpfen über andere Nationen braucht niemand. Gefragt ist deutsche (und österreichische) Verantwortung.“

**Risikoreiche Frist**  
Die Pariser Zeitung „La Croix“ bemerkt zum Fernsehauftritt des französischen Präsidenten:

„Theoretisch können die Politiker zu Beginn ihres Mandats die mutigsten Entscheidungen treffen, die die Ordnung der Dinge durcheinanderbringen. Auf völlig ungewöhnliche Art macht Nicolas Sarkozy es anders herum. Ganz am Ende seines Mandats, weniger als hundert Tage vor der ersten Runde der Präsidentschaftswahl, hat er gestern unpopuläre Maßnahmen angekün-

digt. . . Wenn die Franzosen nicht einverstanden sind, können sie es ihm binnen kurzer Frist zeigen. Die Frage ist eher: Warum geht Nicolas Sarkozy dieses Risiko ein? . . . Der scheidende Präsident versucht, eine besondere Position einzunehmen, die eines Staatsmannes nach dem Vorbild Churchills, der nicht zögert, Entscheidungen zu treffen, die nicht von allen mitgetragen werden, weil er meint, dass sie im Interesse des Staates sind.“

**Eine Erwähnung vergessen**  
Die französische Zeitung „Libération“ kommentiert ebenfalls das Interview Sarkozys:

„Nachdem die deutsche Kanzlerin am Wochenende eine Unterstützung für den Kandidaten Sarkozy angekündigt hat, stand das neue deutsche Modell gestern im Mittelpunkt des Fernsehauftritts des Staatschefs. . . Sicher muss Frankreich sich bei seinem Nachbarn inspirieren. Der Staatschef hat nur vergessen zu erwähnen, dass die Deregulierung des Arbeitsmarktes jenseits des Rheins zur Entwicklung eines Prekariats und zu einer beträchtlichen Zahl armer Arbeiter geführt hat. Und dass dieses Rennen um mehr Wettbewerbsfähigkeit heute dem sozialen Zusammenhalt der Deutschen schadet.“

**Comeback in Europa**  
Zum Kampf gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise in Italien schreibt die spanische Zeitung „El País“:

„Italiens Ministerpräsident Mario Monti könnte etwas schaffen, was keinem seiner Vorgänger gelungen ist: die Blockade des Landes zu überwinden. Dabei geht

es nicht nur darum, die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Die entsprechenden Sparvorhaben wurden bereits vom Parlament gebilligt. Nun macht Monti sich daran, die Privilegien bestimmter Berufsstände aufzuheben. Damit will er erreichen, dass in der italienischen Wirtschaft und Gesellschaft mehr Wettbewerb herrscht. Mit Monti und dem anderen Mario, Draghi, an der Spitze der Europäischen Zentralbank feiert Italien sein Comeback in Europa. Allerdings hat Monti seine Position auch der Bundeskanzlerin Angela Merkel zu verdanken, die sich gegen den unsäglichen Silvio Berlusconi durchgesetzt hat.“

**Syrien geht auf Bürgerkrieg zu**  
Die norwegische Tageszeitung „Aftenposten“ meint zur Lage in Syrien:

„Syrien bewegt sich unerbittlich auf einen Bürgerkrieg in vollem Umfang zu. Der Spielraum für Verhandlungen ist nie groß gewesen, scheint nun aber geringer als je zuvor. . . Es kann nicht den geringsten Zweifel geben, dass die Zivilisten in etlichen syrischen Städten akuten Bedarf an Schutz haben. Tausende leben ganz in der Nähe von Damaskus unter Belagerung durch die Soldaten des Regimes. . . Die unbehagliche Frage lautet: Wie schlimm muss das Leiden in Syrien noch werden, ehe die weiter treuen Helfer von Regimechef Baschar al-Assad einsehen, dass sie für eine amoralische Sache kämpfen?“

**Pessimistische Botschaften**  
Zum Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos erläutert die bulgarische Zeitung „Sega“:

„Die Weltelite ist immer mehr isoliert, waren sich fast alle Beobachter des diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos einig. Sie war dort in jeder Hinsicht isoliert, auch rein physisch – zugeschnitten von zwei und mehr Metern hohem Schnee. Und auch okkupiert – die Aktion ‚Occupy Davos‘ brachte viele auf die Schneebarrikaden in diesem Schweizer Kurort – in einem neuen Remake von ‚Occupy Wall Street‘. Im Unterschied zu früher, als das Weltforum Optimismus und Rausch mit den grenzenlosen Möglichkeiten für Erfolg ausstrahlte, mit denen sich die Teilnehmer pausenlos rühmten, sind die Botschaften von Davos 2012 überwiegend chaotisch und pessimistisch.“

**Tauziehen in Teheran**  
Im Atomstreit mit Iran sollte ein Krieg unbedingt vermieden werden, urteilt die russische Tageszeitung „Kommersant“:

„Die Ankunft internationaler Atom-Beobachter in Iran bedeutet noch lange kein Licht am Ende des Tunnels. Beide Seiten verfolgen in dem Dialog nämlich völlig entgegengesetzte Ziele: Iran will damit sein Atomprogramm legitimieren, und der Westen will ein Ende der Urananreicherung erreichen. Bei einem Krieg würden aber Israel, die Vereinigte Staaten und ihre europäischen Verbündeten auf lange Sicht verlieren. Denn der weltweite Imageverlust der ‚Brandstifter‘ wäre immens. Sollte aber Russland erreichen, dass die nukleare Gefahr an seiner Grenze ohne Krieg verschwindet, würde es zu den Gewinnern des Konflikts zählen. Dann hätten Moskaus Worte in der Region wieder mehr Gewicht.“